



HOLLANDE HOOGE / LAIF

Protestierende Kurden im südosttürkischen Yüsekova

TÜRKEI

„Europäisches Guantanamo“

Mahmut Şakar, 45, nach Deutschland geflüchteter Anwalt des PKK-Führers Abdullah Öcalan, über die Haftbedingungen seines Mandanten und die jüngste Eskalation im Kurdenkonflikt



D. STEINWORTH / DER SPIEGEL

kann keinen Besuch empfangen. Seit Monaten wird er komplett von der Außenwelt isoliert. Sein Gefängnis auf der Marmara-Insel Imrali ist ein europäisches Guantanamo.

SPIEGEL: Ankara sieht Öcalan als Staatsfeind Nummer eins.

SPIEGEL: Die türkische Justiz hat 36 Anwälte verhaften lassen, die den PKK-Chef Abdullah Öcalan vertreten. Was wird ihnen vorgeworfen?

Şakar: Sie sollen Mitglieder einer terroristischen Organisation sein, wofür es keine Beweise gibt. Öcalan hat gegenwärtig keinen Rechtsbeistand und

Şakar: Das hat die Regierung von Premier Recep Tayyip Erdogan aber nicht davon abgehalten, zwei Jahre lang Geheimgespräche mit ihm und parallel mit anderen Mitgliedern der PKK zu führen. Jeder weiß, dass für eine Lösung des Kurdenkonflikts kein Weg an Öcalan vorbeiführt.

SPIEGEL: Warum scheiterten die Gespräche?

Şakar: Die Regierung forderte eine sofortige Waffenniederlegung, die PKK mehr Demokratie und Autonomie für die Kurden. Das war Erdogan schon zu viel. Nach seiner Wiederwahl im Juni fühlte er sich offenbar stark genug, die Gespräche platzen zu lassen und neue Militäraktionen gegen die PKK durchzuführen.

SPIEGEL: Steuert die Türkei damit auf eine neue Welle der Gewalt zu?

Şakar: Die Lage ist äußerst verfahren. Ende Dezember starben 35 Zivilisten bei einem Luftangriff der türkischen Armee. Zugleich sitzen rund 5000 kurdische Politiker und Aktivisten im Gefängnis. Die Menschen sind frustriert und zornig. Damit schwinden von Tag zu Tag die Chancen, den Konflikt friedlich zu lösen.

IRAN

Schicksalswahl für Ahmadinedschad

Der Wächterratt in Teheran, eine Art religiöses Verfassungsgericht, ist eine strenge Institution – bislang vor allem für reformorientierte Politiker. Die hatten zuletzt kaum Chancen, als Kandidaten für Wahlen zugelassen zu werden. Die Fraktion um Ex-Präsident Mohammed Chatami boykottiert daher die Abstimmung zur Volksvertretung, dem Madschlis, am 2. März. Doch nun müssen auch Gefolgsleute des religiösen Eiferers Mahmud Ahmadinedschad um ihre Zulassung fürchten: Der Wächterratt solle, so heißt es in Teheran, sehr genau darauf achten, dass niemand kandidiere, der auf der

Glaubenslinie des Präsidenten liegt. Der Staatsoberhaupt verehrt den verborgenen Zwölften Imam als Messias und glaubt an dessen unmittelbar bevorstehende Wiederkehr. Diesen Mahdi-Kult sieht die Geistlichkeit unter Führung des Revolutionsführers Ajatollah Ali Chamenei als Bedrohung ihrer Macht. Die Ausgrenzung der Anhänger des Präsidenten, der mit Chamenei in heftigem Streit liegt, könnte ein entscheidender Schachzug zur Amtsenthebung sein: Sollte Ahmadinedschads Fraktion, die jetzt knapp die Hälfte der 290 Sitze hält, nicht genug Mandate gewinnen, könnte ihn das Parlament noch vor Ende

der zweiten Amtszeit im Sommer nächsten Jahres mit einer Zweidrittelmehrheit absetzen. Damit wäre der Weg frei für einen Chamenei-Jünger wie den jetzigen Madschlis-Präsidenten Ali Laridschani. Im vergangenen Jahr hatte das Parlament bereits zweimal erwogen, den Staatsoberhaupt wegen Misswirtschaft zu einem Rechen-

schaftsbericht vorzuzuladen – und Gerüchte über dessen politisches Ende genährt. Nach einem Wahlsieg seiner „Koalition der Prinzipientreuen“ könnte Laridschani seinen Widersacher nicht nur vors Parlament zitieren, sondern ihn auch seines Amtes entheben – im Namen des Volkes.



XINHUA / ACTION PRESS

Chamenei, Ahmadinedschad